

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Bed'sche Buchdruckerei
Otto Bed.

Inserate: Kleine Bettzeile 20 Pfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 263.

Freitag, den 8. November 1918.

75. Jahrgang.

Vorfragen des Friedens.

Die neue Note des Präsidenten Wilson behandelt nicht die Waffenstillstandsbedingungen, wie man bei unszulande allgemein erwartet hat, sondern gewissermaßen die Stellungnahme der Verbündeten zu den Vorfragen des Friedens. Im übrigen stellen sie uns anheim, wenn wir diese Stellungnahme grundsätzlich anerkennen, Unterhändler zu dem französischen Generalissimo zu senden, der Vollmacht hat, sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen. Es ist also ein Irrtum, wenn manche deutsche Zeitungen schreiben, die Waffenstillstandsverhandlungen könnten jetzt beginnen. Nach der Auffassung unserer Gegner, die klar und unmissverständlich in der letzten Wilsonschen Note zum Ausdruck kommt, kann es sich lediglich um eine Friedensgespräch handeln, nicht um eine Auseinandersetzung über die Bedingungen des Waffenstillstandes, die wir nach den Vorschlägen Marshall Fochs entweder annehmen — oder ablehnen müssen.

Bis zum Bekanntwerden der letzten Note aus Washington gab es in Deutschland viele Zweifelliche, die da glaubten, Präsident Wilson werde sich mit seinen ganzen Machtstücken für den Rechtsfrieden einsetzen und seine Bedingungen der Entente aufzuzwingen wissen. Der Wortlaut der Note läßt keinen Zweifel darüber, daß Wilson bei den Beratungen in Versailles unterlegen ist. In seinen 14 Punkten spielte die Freiheit der Meere eine bedeutende Rolle, die die Forderung war es letzten Endes, die wir als Ausgleich für manche Selbstbescheidung betrachteten, die uns die Annahme des Wilsonsprogramms auferlegte. Nun aber erklärt der Verband — ganz offensichtlich unter dem Druck Englands, daß es diesem bedeutungsvollsten Punkte nicht vorbehaltlos zustimmen könne, seine endgültige Stellungnahme vielmehr erst auf der Friedenskonferenz bekanntgeben wolle. Die Idee, die für uns eine der wesentlichen des ganzen Krieges war, wird damit der Debatte entzogen, weil England seine unbeschränkte Seeherrschaft, die mit dem Ausgang des Krieges ins Maßlose gewachsen ist, nicht preisgeben will.

Offenbar hat Wilson seinen Standpunkt — er fordert bekanntlich absolute Freiheit der Meere — nicht durchsetzen können, wie aber aus dem Wortlaut der Note hervorgeht, hat er der Auffassung der Verbündeten nicht zugestimmt; denn der letzte Absatz erklärt ausdrücklich, daß der Präsident dem letzten Teil des Memorandums, der von der Wiederherstellung in den besetzten Gebieten handelt, zugestimmt habe. Es ist also immerhin möglich, daß wir auf der Friedenskonferenz in der Frage der Freiheit der Meere nicht nur die neutralen Staaten, sondern auch Amerika auf unserer Seite finden, so daß wir in diesem Punkte noch mancherlei für uns und die übrige Welt retten können. Was nun die Wiederherstellung anbelangt, so hat der Verband diesem Punkte des Wilsonprogramms eine Auslegung gegeben, die ihm auf Umwegen eine erhebliche Kriegsentlastung verschafft, und die für Deutschland den wirtschaftlichen und finanziellen Ruin bedeuten würde, wenn nicht unsere Unterhändler mit allem Nachdruck Gegenforderungen geltend machen.

Die Gegenforderungen! Daß wir solche haben, ist unbestreitbar, daß wir sie geltend machen dürfen, ebenso. Da kommen zunächst die Schadenersatzansprüche in Betracht, die wir infolge Vernichtung von Werten an Lande, zu Wasser und durch Angriffe aus der Luft erlitten haben, dann aber muß auch jener Schaden berechnet werden, der uns in den Kolonien zugefügt worden ist und nicht zuletzt der Verlust, den wir durch Englands Hungerblockade erlitten haben. Man sieht, den Friedensunterhändlern bleibt ein weites Feld und innerhalb des Wilsonprogramms gibt es viele Auslegungsmöglichkeiten. Dabei darf nicht verkannt werden, daß wir auf der Friedenskonferenz ganz allein einem Arme von Feinden gegenüber stehen werden und unsere ganze Unterstützung wird dann — Präsident Wilson sein, wenn anders er vor dem Angesicht der Welt sein Wort einlösen will, daß der Weltkrieg mit einem „Rechts“- nicht mit einem „Macht“-frieden schließen müsse und daß es weder Sieger noch Besiegte geben dürfe.

Aber auch unsere erbittertesten Feinde — Frankreich, England und Italien — muß die Erwägung leiten, ob sie ein durch finanziellen Zusammenbruch, durch Hunger und wirtschaftliche Vernichtung zur Verzweiflung getriebenes Deutschland als krankes Glied in den neuen Völkerbund des Friedens und der Freiheit aufnehmen wollen, ob ein Deutschland, dem ein wesentlicher Teil der Gesamtkriegskosten, die sich auf etwa 1000 Milliarden belaufen, aufgebürdet ist, nicht ein Keim der Krankheit wäre, der den Organismus des neuen Bundes von vornherein zum Stiehung verurteilen würde. Man sieht, die Vorfragen des Friedens sind nicht so einfach zu lösen, als mancher glaubt, der Wilsons neueste Note flüchtig liest.

Deutscher Funkspruch an Foch.

Antwort von der französischen Front.

Berlin, 7. November.

Amlich wird gemeldet: Folgender Funkspruch ist diese Nacht von deutscher Seite hinausgegangen: Die deutsche Oberste Heeresleitung auf Anordnung der Regierung an Marshall Foch! Nachdem die deutsche Regierung im Auftrag des Präsidenten der Vereinigten Staaten benachrichtigt worden ist, daß Marshall Foch ermächtigt ist, beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen, sind folgende Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen, sind folgende Bevollmächtigte ernannt worden: General der Infanterie

v. Gündell, Staatssekretär Erzberger, Gesandter Graf Oberndorf, General v. Winterfeldt, Kapitän J. S. Banfelow.

Die Bevollmächtigten bitten um Mitteilung durch Funkspruch, wo sie mit Marshall Foch zusammentreffen können. Sie werden begleitet sein von Kommissaren und Dolmetschern nebst Unterpersonal und im Kraftwagen an dem zu bezeichnenden Orte eintreffen. — Die deutsche Regierung würde es im Interesse der Menschlichkeit begrüßen, wenn mit Eintreffen der deutschen Delegation an der Front der Alliierten vorläufig Waffenruhe eintreten könnte.

Marshall Foch hat darauf geantwortet:

In das deutsche Oberkommando von Marshall Foch. Wenn die deutschen Bevollmächtigten mit dem Marshall Foch wegen des Waffenstillstandes zusammentreffen wollen, müssen sie sich bei den französischen Vorposten auf der Straße Chirac-Jourmies-La Cavelle einfinden.

Es sind Befehle erlassen, sie zu empfangen und an den für die Zusammenkunft bestimmten Ort zu geleiten.

Die deutschen Unterhändler.

General der Infanterie v. Gündell hat während des Krieges ein Reiterkorps befehligt. Er war früher Oberquartiermeister und Direktor der Kriegsakademie. Die Auswahl des Staatssekretärs Erzberger geschah unter dem Gesichtspunkt, daß er im Auslande als Vorkämpfer eines Verständigungsfriedens gilt. Graf Oberndorf, der zuletzt Gesandter in Sofia war, ist diplomatischer Beamter der Ordnung. General v. Winterfeldt ist seit längerer Zeit Vertreter der Obersten Heeresleitung bei der Reichsregierung. Kapitän Banfelow endlich, der schon wiederholt an maritimen Verhandlungen teilgenommen hat, bearbeitete während des Krieges die maritimen Seefriede- und Völkerrechtsfragen.

Waffenstillstand und Thronfrage.

Was die Sozialdemokratie fordert

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Mittwoch gemeinsam mit Angehörigen des Parteiausschusses eine Sitzung abgehalten, die mehrere Stunden währte. Nach eingehender Aussprache wurden folgende Forderungen aufgestellt: Sofortiger Waffenstillstand, Amnestie auch für militärische Vergehen, unverzügliche Demokratisierung der Regierung und Verwaltung auch in Preußen und allen anderen Bundesstaaten. Die Parteileitung wurde ferner beauftragt, dem Reichskanzler mitzuteilen, daß Parteiausschuss und Reichstagsfraktion die von der Parteileitung in der Räterfrage getroffenen Schritte billigen und die schnellste Erfüllung dieser Forderungen verlangen.

Streitpunkte unter den Verbündeten.

Aus den in der französischen Presse ausgiebig veröffentlichten Berichten über die Verhandlungen in Versailles geht hervor, daß zwischen den Vereinigten Staaten und den übrigen Verbündeten verschiedene Streitpunkte bestanden. Wilson forderte die allgemeine gleichmäßige Abwicklung, die der Verband nur für Deutschland gelten lassen will. Ferner wurde von amerikanischer Seite nachdrücklich darauf verwiesen, daß mit der Einstellung des U-Boot-Krieges auch die Hungerblockade Englands aufhören müsse, die Wilson für mangelhaft halte.

Die Auffassung des Kaisers.

Wie aus Budapest Blättern ersichtlich wird, hat sich der Kaiser hinsichtlich der Abdankungsfrage entschieden auf den Standpunkt gestellt, daß er mit Rücksicht auf die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung auf seinem Posten bleiben müsse.

Der Minister des Innern Dr. Drews hat dem Kaiser über die Scheidemannsche Forderung nach Abdankung des Kaisers Bericht erstattet. Bei seiner Rückkehr aus dem Hauptquartier teilte Dr. Drews mit, daß seine Mission erfolglos geblieben sei.

Scheidemann hatte das Verhalten seiner Partei damit begründet, daß, wenn Kaiser Wilhelm nicht abdankte, würde, die Unabhängigen Sozialisten die Thronfrage aufwerfen und die Einführung der Republik fordern wollten. Die Regierungssozialisten würden dann gezwungen sein, Schulter an Schulter mit den Unabhängigen Sozialisten zu kämpfen.

Der Kaiser erklärte, daß er mit Rücksicht auf die jetzige verworrene Lage freiwillig unter seinen Umständen seinen Platz verlassen werde. Er könne Deutschland im Augenblick des Friedensschlusses unmöglich der Entente ausliefern.

Seine Abdankung würde eine völlige Anarchie und ein Überhandnehmen der bolschewistischen Ideen zur Folge haben. Für solche furchtbaren Zustände wolle er nicht die Verantwortung übernehmen und deshalb im gegenwärtigen Augenblick nicht abdanken.

Die Kolonialfrage.

Aus Pariser Blättern geht hervor, daß Wilson die englischen Annexionsabsichten auf die deutschen Kolonien bekämpft. Es wird deshalb davon gesprochen, einen Teil der Kolonien Amerika zu überlassen, wofür sich Wilson bereit erklärte, der Annexion zuzustimmen. — Da solche Regelung der Kolonialfragen in striktem Gegensatz zu Wilsons Programm steht, ist kaum anzunehmen, daß die Entente ihre Absichten durchsetzt.

Die Unruhen in Bremen und Hamburg.

(W.B. Amlich.)

Berlin, 7. Nov. Von zuständiger Stelle wird über die Lage in den nördlichen Provinzen folgendes

mitgeteilt: Die Unruhen haben sich auf einige weitere Orte ausgedehnt. In Bremen wurden auf dem Marktplatz von einem unabhängigen Sozialisten, der von wenigen Tagen aus dem Gefängnis entlassen worden war und von einigen Militärpersonen Reden gehalten, die zur Bildung einer sozialistischen Republik und eines Arbeiter- und Soldatenrates aufforderten. Der Befreiung von Militärgefangenen schloß sich die Öffnung auch der Zivilgefängnisse an. In den großen Werken ist alles ruhig. Auf den Straßen herrscht Ordnung; Zwischenfälle wurden bisher nicht gemeldet. Für heute Abend wurde in einer Verammlung Liebknecht als Redner erwartet. In der Sitzung der Bürgerschaft stand ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung des gleichen und direkten Wahlrechts zur Erörterung. Der Senat soll sich seine Entscheidung vorbehalten haben.

Aus Hamburg wird gemeldet: Das Zentralbüro des Arbeiter- und Soldatenrates teilt folgendes mit: Sämtliche Amtsgebäude und militärischen Gebäude sind besetzt. Die Nahrungsmittelmagazine werden bewacht, Plünderer werden mit sofortigem Erschießen bestraft. Zur Zeit finden Verhandlungen mit dem Senat statt. Der Ingeverkehr ist bis auf zwei Züge eingestellt. Post- und Telegraphenamt waren bis zur Stunde nicht besetzt. Die Leitung der Bewegung hat einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Nach vorliegenden Nachrichten ist dieses indes nicht gelungen. Es hat Ausschreitungen gegeben. Kleinere Truppenkörper, die sich verteidigten, wurden durch die Massen der Aufständischen mit Gewalt gezwungen, ihnen Gefolgschaft zu leisten. An mehreren Stellen der Stadt sind Mißhandlungen und Morde vorgekommen. Unter anderem drangen Aufständische in eine Wohnung in der Lincolnstraße, aus der auf herumziehende Soldaten geschossen worden sein sollte und töteten zwei Frauen als angeblich Schuldige, indem sie ihnen die Kehle durchschnitten. Wahrscheinlich werden alle Theater und Restaurants vom 7. November ab geschlossen. Die ganze Nacht vom 6. zum 7. November fielen in verschiedenen Gegenden der Stadt vereinzelte Schüsse. Das „Hamburger Echo“, das jetzt als Organ der Aufständischen unter dem Titel „Die rote Fahne“ erscheint, veröffentlicht folgende Bekanntmachung an die Bevölkerung Hamburgs und Altonas: Alle Zivilpersonen müssen von heute (7./11.) ab um 6 Uhr abends von der Straße sein. Jede Zivilperson, die sich in der Zeit von 6 Uhr abends bis 7 Uhr morgens auf der Straße aufhält, wird erschossen. In Cuxhaven ist es zu keinen ernstlichen Unruhen und Ausschreitungen gekommen. In Kiel ist der Stadtkommandant, Kapitän J. S. Heine in der Nacht vom 5. zum 6. November von einer Patrouille, die den Befehl hatte, ihn abzuführen, erschossen worden, da er sich angeblich diesem Befehl widersetzen wollte.

Berlin, 7. Nov. Der Oberbefehlshaber in den Marken erläßt folgende Bekanntmachung: In gewissen Kreisen besteht die Absicht, unter Mißachtung gesetzlicher Bestimmungen Arbeiter- und Soldatenräte nach russischem Muster zu bilden. Derartige Einrichtungen stehen mit der bestehenden Staatsordnung in Widerspruch und gefährden die öffentliche Sicherheit. Ich verbiete auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand jede Bildung solcher Vereinigungen und die Teilnahme daran.

Nachrichten aus dem Reiche.

Berlin, 7. Nov. Hier sind die fünf für heute Abend angelegten Verammlungen der Unabhängigen Sozialisten verboten worden. Das Thema sollte in allen Verammlungen lauten: Der Jahresstag der russischen Revolution. Die Stadt ist vollständig ruhig, an einzelnen Punkten sieht man Militärpatrouillen, der Lehrter Bahnhof (Ingeverkehr nach den Seehäfen) ist militärisch besetzt. Züge fahren weder ein noch aus.

Hamburg, 7. Nov. Nach Hamburg sind außer den Reichstagsabgeordneten Stolten (Soz.) und Blund (Fortchr. Volkso.) auch die Abgeordneten Stubbe (Soz.) und Schumann von der Generalkommission der Gewerkschaften abgefahren. Ihnen sollte heute früh Reichstagsabgeordneter Dr. Quast (Soz.) folgen, vielleicht mittels Flugzeug, um recht rasch an Ort und Stelle zu sein.

Schwerin, 7. Nov. Hier spielten sich ähnliche Vorgänge wie in Kiel, Lübeck, Hamburg, Cuxhaven und Ulfst ab. Doch haben die Soldaten für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit Sorge getragen.

München, 7. Nov. An die Bevölkerung Bayerns richtete der Minister des Innern einen Aufruf, der zur Ruhe und zur Vermeidung innerer Unruhen mahnt.

Dresden, 7. Nov. Menschenansammlungen auf dem Altmarkt fanden hier wiederholt statt. Mehrere Militär- und Zivilpersonen hielten Ansprachen an die Menge. Die Soldaten befragten sich über angebliche Mißstände, erklärten aber, ihre Pflicht tun zu wollen.

Der Staatsrath in Polen.

Nachricht des Regentenschaftsrates.

Warschau, 6. November.

Mit dem Sitz in Krakau wurde gestern ein Direktorat der polnischen Volkrepublik gebildet, zu dem Vertreter der polnisch-sozialistischen und der Volksparteien des Königreichs Polen und Galizien gehören sollen. Diese fünf- oder sechsköpfige Institution hat die Aufgabe, baldmöglichst eine demokratische Nationalregierung ins Leben zu rufen. Die gesamte Warschauer Linke erklärte, daß sie sich dem Direktorat unterstelle.

Swar berichtet ein Telegramm aus anderer Quelle, daß die Nachricht verfrüht sei, doch wird auch hier bestätigt, was der Kernpunkt der ganzen Sache ist, daß das Ministerium zurückgetreten ist und daß der Regentenschaftsrat ebenfalls zurückgetreten wird. Es soll ein neues Ministerium aus allen Parteien gebildet werden, dem die Durchführung des republikanischen Programms obliegen würde.

Die widersprechenden Nachrichten lassen nur mit Sicherheit erkennen, daß der Regentenschaftsrat durch einen Staatsstreich ausgeschaltet worden ist. Sein Rücktritt ist — nachdem die Volksrepublik erklärt ist — selbstverständlich, da das Dreimännerkollegium nur Platzhalter für den König war. Die an die deutsche Regierung gerichtete Note des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Swiegnjowski, die bis zum 15. November Übergabe der gesamten Verwaltung an die polnische Regierung forderte, ist damit gegenstandslos geworden. Trotzdem fährt die deutsche Regierung damit fort, den Verwaltungsapparat allmählich in die Hände der Polen zu legen.

Oesterreich von heute.

Kaiser Karl und die Entente.

Wien, 7. November.

Die aus Schweizer politischen Kreisen mitgeteilt wird, besteht der Verband darauf, daß im neuen Deutsch-Oesterreich nach Friedensschluß eine Volksabstimmung stattfindet, ob das Land Monarchie oder Republik werden soll. Bis dahin betrachtet der Verband Kaiser Karl als den rechtmäßigen Vertreter Deutsch-Oesterreichs. Natürlich entscheidet die Entente so, um eine etwaige Vereinigung Deutsch-Oesterreich mit dem Deutschen Reich zu verhindern. — Demgegenüber kann aus der Stimmung der Bevölkerung nur festgestellt werden, daß sich die Mehrheit des Volkes von Deutsch-Oesterreich durchaus vom Kaiser Karl abgewandt hat. Sie nimmt für sich in Anspruch, was die Entente an allen anderen Nationalitäten Oesterreichs ebenfalls findet: das Recht, das eigene Schicksal zu bestimmen. Inzwischen geht die Auflösung und der Neubau fort. Salzburg und Steiermark haben beschlossen, künftig selbständige Provinzen im Staate Deutsch-Oesterreich sein zu wollen. Vorarlberg schließt sich diesem Vorhaben an. Der neue Staat, das Oesterreich von heute wird bald fertig sein.

Der Umsturz in Siebenbürgen.

Am Sonntag hat sich in Klausenburg ein siebenbürgischer und ein rumänischer Nationalrat gebildet. Die siebenbürgischen Rumänen sollen eigene Truppen unter der Führung rumänischer Offiziere mit rumänischer Flagge und Kommandosprache bilden. Diese Soldaten werden nur dem rumänischen Nationalrat den Treue leisten.

Die Tschechen wollen ganz Böhmen.

Der Angliederung Deutsch-Böhmens an Deutsch-Oesterreich setzen die Tschechen starken Widerstand entgegen. Sie machen Anspruch auf ganz Böhmen. Ihre führenden Organe erklären, daß mit den Deutschen in Böhmen und Mähren eine Verständigung erzielt werden müsse, weil nur dann der Staat dauernd gesichert sein könne. Einseitigen aber treiben sie keine Verständigungs-, sondern eine Vergewaltigungspolitik, die die Erbitterung in Deutsch-Böhmen immer mehr schürt.

Keine Besetzung Ungarns durch Ententetruppen.

„Besti Raplo“ bringt die Nachricht, daß die Ententetruppen Ungarn nicht besetzen werden. Sie werden sich 15 Kilometer von der Donau und Save entfernt aufstellen. Dieser Entschluß ist darauf zurückzuführen, daß die Entente auf dem Balkan keine überflüssigen Truppen besitzt und daß sie es als überflüssig erachtet, sich durch Besetzung gegen das Wiederaufleben eines Krieges zu schützen, da von den ungarischen Truppen nicht zu befürchten ist, daß die Feindseligkeiten aufs neue ausbrechen.

Anerkennung der Unabhängigkeit Ungarns durch Deutschland.

Der Berliner Vertreter des „N. G.“ meldet, daß die Berliner Regierungstreue beabsichtigen, eine außerordentliche Gesandtschaft nach Budapest zu entsenden, durch die die Unabhängigkeit Ungarns durch das Deutsche Reich anerkannt werden soll.

Verschiedene Meldungen.

Wien, 7. Nov. In Lemberg und Czernowit kam es zu Straßenkämpfen zwischen Polen und Ukrainern. Es fanden vielfach Plünderungen statt.

Krasn, 7. Nov. Die Stadt Czernowit ist von den rumänischen Truppen besetzt worden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• In der letzten Sitzung der Bremer Bürgerchaft wurde die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer in Bremen beschlossen. Angenommen wurde ferner ein Antrag auf Beschleunigung der Arbeiten der Verfassungsdeputation. Abgelehnt wurde das von sozialistischer Seite verlangte Frauenwahlrecht. Abgelehnt wurde ferner ein Antrag auf gründliche Umgestaltung des Senatswahlrechts und Abschaffung der Bürgergeldgebühren.

• Die zweite bayerische Kammer beschäftigte sich auch Mittwoch mit der Parlamentarisierung in Bayern. In erster und zweiter Beratung wurde der Gesetzentwurf über Aufhebung des § 36 des bayerischen Landtagswahlgesetzes (wonach ein Abgeordneter seine Eigenschaft als solcher verliert, wenn er in den Staatsdienst tritt, in diesem ein höheres als sein bisheriges Amt erhält), in namentlicher Abstimmung mit 128 Stimmen einstimmig angenommen.

Holland.

• In der Zweiten holländischen Kammer teilte der Kriegsminister mit, der militärische Oberbefehlshaber Hollands General Snijders sei zurückgetreten, nachdem der Minister ihm mitgeteilt hatte, daß er bei aller Würdigung seiner vorzüglichen Eigenschaften als Mensch und als Offizier der Ansicht sei, daß General Snijders sich nicht instande gezeigt hat, den modernen militärischen Geist zu erfassen. Weiter gab der Kriegsminister bekannt, die Truppeneinheiten sollten aufgehoben, in Zukunft mehr Urlaub gewährt, keine neuen Geschäfte mehr angefertigt, ein Teil der militärischen Vorräte an die Zivilbevölkerung abgegeben werden. Vom 15. November ab wird die allgemeine Protration erhöht.

Irland.

• Im englischen Unterhause legte eine Abstimmung fest, daß für Irland kein Selbstbestimmungsrecht gelten soll. Die Nationalisten hatten einen Antrag eingebracht,

daß England vor Beginn der Friedensverhandlungen die irische Frage in Übereinstimmung mit den Grundsätzen Wilsons lösen solle. Bonar Law bestritt die Ansicht, die irische Frage könne der Friedenskonferenz vorgelegt werden. Hauptsächlich legte Bonar Law Nachdruck auf den Umstand, daß Ulster andere Meinungen vertritt, wie das übrige Irland. Der Antrag der Iren wurde schließlich mit 196 gegen 115 Stimmen abgelehnt.

Serbien.

• Der in Gent mit drei Mitgliedern der serbischen Regierung eingetroffene serbische Ministerpräsident Pasitsch verständigte die Presse dahin, die Regierung Serbiens erhebe scharfen Protest gegen die italienische Besetzung Dalmatiens. Italien habe kein Recht, dort Gouverneure zu ernennen.

Die serbischen Vertreter traten hier zu Konferenzen mit tschechisch-slowakischen und südslawischen Delegierten zusammen. Es handelt sich zunächst in diesen Konferenzen um einen Gedankenaustausch unter den Delegierten über die Vereinigung aller südslawischen Länder nach der Deklaration von Korfu vom 20. Juli 1907. Der neue Staat soll heißen: „Königreich der kroatischen und slowenischen Serben“ und als höchste Autorität eine konstituierende Versammlung haben, die aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgeht. Der König wird den Titel: König der Serben, Kroaten und Slowenen tragen.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 7. Nov. Die nächste Sitzung des Reichstages findet Mittwoch, den 13. November statt.

Köln, 7. Nov. Der Berliner Mitarbeiter der Kölnischen Volkszeitung demotiert das Gerücht vom Rücktritt des Staatssekretärs v. Stein und glaubt, daß dasselbe auf Treibereien zurückzuführen sei, die das Reichswirtschaftsamt in seiner jetzigen Verfassung überhaupt umwerfen wollen.

Darmstadt, 7. Nov. In der gestrigen Sitzung der Zweiten hessischen Kammer teilte der Berichterstatter Abg. Reb mit, daß die Vertrauensmännerkonferenz der Parteien einstimmig beschlossen habe, mit der Parlamentarisierung der Regierung sofort zu beginnen.

Düsseldorf, 7. Nov. Eine hier eingerichtete Filiale der Russischen Telegraphenagentur, in der bolschewistische Propaganda betrieben wurde, wurde aufgehoben und die Leiter verhaftet.

Wien, 7. Nov. Kaiser Karl wird sich demnächst zu einem mehrere Monate währenden Aufenthalt nach der Schweiz begeben.

Osag, 7. Nov. Die bisher vorliegenden Wahlergebnisse aus den Vereinigten Staaten, die ein Drittel der Siege umfassen, machen es sicher, daß Wilson aus dieser Wahl zum mindesten ebenso stark wie bisher hervorgehen wird. — Von einigen New Yorker Blättern, wie „World“, „Times“ wird dagegen behauptet, die Republikaner, Wilsons Gegner, hätten eine geringe Mehrheit erlangt.

Amsterdam, 7. Nov. Aus Washington meldet Reuters: Wie gemeldet wird, hat Rumänien sich der Hilfe der Vereinigten Staaten bei seinen Versuchen versichert, auf der Friedenskonferenz billige politische und territoriale Rechte zu erlangen.

Der Krieg.

Berlin, 7. Nov. (W.B.) Trotz aller gewaltigen Anstrengungen der letzten Tage, trotz der sich durch amerikanische Hilfe täglich steigenden Uebermacht und trotz der nun völlig durchgeführten Isolierung Deutschlands, sehen die Führer der Entente die Hoffnung auf den oft beabsichtigten, doch nie erreichten Durchbruch durch die deutsche Westfront im grauen Novembernebel abermals erlöschen. Das von der Obersten Heeresleitung angeordnete und völlig planmäßig zur Durchführung gelangte Absetzen der deutschen Front vermindert für die feindliche Führung die Aussichten, den erstrebten und vernichtenden Schlag noch in diesem Jahre zu tun. Die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme kann auch die amtliche Berichterstattung des Gegners nicht bestreiten. Nehmen wir den Fall an, so heißt es noch im Funkpruch von Carnarvon vom 5. November, daß die deutsche Armee sich in Frankreich und Flandern ohne schwere Verluste hätte lösen können, daß sie sich nach ihrem Belieben auf einer kürzeren Linie, etwa an der Maas hätte einrichten und unsere Angriffe dort abwarten können, um dann später ihre Friedensoffensive mit unverminderten Hilfsquellen und dem ganzen Prestige eines leichten erfolgreichen Rückzuges zu unternehmen, so würde sowohl die militärische, wie auch die politische Lage die größten Schwierigkeiten für uns bergen. Aber, heißt es beruhigend weiter, vor welchen Schwierigkeiten hat uns die Tapferkeit unserer Westarmee bewahrt!

Die richtige Einschätzung der in dem deutschen Heeresbericht vom 6. November gemeldeten Bewegungen wird unter diesen Umständen niemanden schwerfallen.

Der Gefangenenaustausch mit Frankreich.

Der Austausch der mehr als 18 Monate kriegsgefangenen deutschen und französischen Heeresangehörigen ist am 15. Oktober wieder aufgenommen worden. Im Verlaufe der Angehörigen, die die Rückkehr der übrigen mit begreiflicher Ungeduld erwarten, sei gesagt, daß der Austausch sich vollkommen regelmäßig vollzieht. In jeder Woche treffen zwei Bände mit rund 1500 deutschen kriegsgefangenen Unteroffizieren und Mannschaften in Deutschland ein. Von deutscher Seite geschieht selbstverständlich alles, um trotz der Grippe und der in den Kriegsverhältnissen begründeten Schwierigkeiten den ruhigen Ablauf des Austausches zu sichern. — Der nächste Offizierstransport wird etwa Mitte November in der Schweiz eintreffen.

Bayerische Vorsichtsmaßnahmen.

Jansbrunn, 7. November.

Den „Jansbrunner Nachrichten“ zufolge hat das bayerische Kriegsministerium in München dem Präsidenten des Tiroler Nationalrates am 6. November, 11 Uhr nachts, folgende Depesche übermittelt:

Die Waffenstillstandsbedingungen zwischen Oesterreich und der Entente zwingen uns zur Sicherung unserer Landesgrenzen, Truppen nach Nordtirol zu schicken. Gleichzeitig sollen diese Truppen mithelfen, um den Abzug aufgelöster Teile des österreichischen Heeres nach Osten zu ordnen und das Land vor Infiltration zu schützen. Unsere Vorhuten überschreiten am 5. 11. die Grenze und starke Kräfte werden folgen.

Wir kommen als Freunde und erwarten, daß uns bei unseren Bewegungen kein Hindernis von Seiten des

deutsch-österreichischen Nationalrates und der österreichischen Kommandobehörden in den Weg gelegt werde. Sollte das trotzdem der Fall sein, so sind unsere Truppen angewiesen, sich mit Waffengewalt den Weg zu bahnen.

Die „Jansbrunner Nachrichten“ bemerken dazu, daß die Bevölkerung Tirols das Eintreffen deutscher Ordnungsmannschaften ungesehen der stillen Ereignisse, die sich an manchen Orten zugetragen haben, begrüßen werde. — Bei der Durchfahrt der bayerischen Truppen durch Salzburg legte sowohl der bayerische Kommandant als der Nationalrat schriftlich Protest ein.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 7. Nov. Wie das Kriegsministerium mitteilt, sind Anordnungen getroffen, daß die Jahrgänge 1870/71, soweit sie nicht an Kampfhandlungen beteiligt sind, unverzüglich in die Heimat zurückgezogen werden.

Berlin, 7. Nov. Für die Verwertung der bei der Demobilisierung freiverblichen Heeres-, Marine- und sonstigen reichseigenen Güter wird ein Verwertungsamt errichtet.

Genf, 7. Nov. Prinz Torisbiko von Japan ist von London kommend in Paris eingetroffen. In seiner Begleitung befinden sich u. a. Marquis Inoue, General Shiba und Admiral Oguri.

Lugano, 7. Nov. Die Italiener haben den Hafen von Antivari besetzt.

Amsterdam, 7. Nov. Nach einer Neutermeldung ist ein britisches Patrouillenschiff am 4. November infolge eines Zusammenstoßes gesunken. Keine Menschenverluste.

Washington, 7. Nov. Die amerikanischen Kriegskosten beliefen sich im Oktober auf 1764 840 000 Dollar, einschließlich Anleihen an die Verbündeten im Betrage von 250 000 000 Dollar. Die Gesamtkriegskosten werden auf 20 Milliarden 661 Millionen Dollar geschätzt.

Vom Tage.

Beschlüsse des Bundesrats.

Berlin, 7. Nov. Der Bundesrat nahm heute Entwürfe an über militärische Inanspruchnahme von Grundstücken, Schiffen usw. nach Friedensschluß, über Biersteuer, Wohnungsverbände, wirtschaftliche Demobilisierung, ferner über Tagesgelder für militärische Unterbeamte und Kapitalabfindungen für Offiziere.

Die deutschen Unterhändler bei Foch.

Rotterdam, 7. Nov. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus zuverlässiger Quelle, daß die deutschen Unterhändler schon bei Foch eingetroffen sind.

Nur noch wenige Tage.

Genf, 7. Nov. Der „Progres“ berichtet, die englischen und italienischen Vertreter hätten Paris bereits verlassen, die Beratungen des Kriegsrates seien damit zu Ende. Vom Kriegsschlusse, sagt das Blatt, trennen uns nur noch wenige Tage.

Clemenceaus Aussprüche in die Zukunft.

Basel, 7. Nov. In seiner letzten Rede sprach Clemenceau die Hoffnung auf baldigen Waffenstillstand aus. Die Friedensbedingungen müßten ein Zusammenarbeiten der europäischen Mächte, einschließlich der jetzigen Gegner, herbeiführen. Frankreich sei entschlossen, zu vergehen, wenn der Friede ihm Gerechtigkeit und Genugtuung bringe.

Frieden nach dem Wilsonschen Programm.

Bern, 7. Nov. Aus Paris berichtet der „Tand“, der Frieden könne in seinen Einzelheiten nur von den gegnerischen Parteien verhandelt werden. In seinen großen Linien werde er aber gemäß dem Wilsonschen Programm abgeschlossen werden.

Lord Grey über die Abrüstung.

Osag, 7. Nov. Lord Grey sagte in einer Rede, die allgemeine Abrüstung sei eine Vorbedingung für das Zustandekommen des Völkereinkommens. Deutschland müsse an erster Stelle das Beispiel zur Abrüstung geben, da es auch das Beispiel zur Steigerung der Rüstungen gegeben habe.

Bolschewistische Attentatspläne in der Schweiz.

Basel, 7. Nov. Die Regierung des Kantons Zürich hat sich unter militärischen Schutz gestellt und die Unterkünfte in die Kasernen verlegt. Die Behörden haben Attentatspläne entdeckt, die gestern und heute von bolschewistischer Seite ausgeführt werden sollten.

Der schweizerische Bundesrat hat die Infanterieregimenter Nr. 7 (Freiburg) und 16 (Bern) und die Infanteriebrigaden 1 und 2 auf Freitag, den 8. November, aufgerufen. Der Bundesrat macht gleichzeitig bekannt, daß er gegen alle, die in irgendeiner Weise an revolutionären und anarchistischen Umtrieben teilnehmen sollten, mit aller Entschiedenheit einschreiten und nicht gestatten werde, daß die Schweiz zum Versteckfeld bolschewistischer Wählerien werde.

Weitere Proteste gegen den deutschen Einmarsch in Tirol.

Wien, 7. Nov. Die österreichisch-ungarische Heeresleitung und das Ministerium des Auswärtigen haben gegen den Einmarsch deutscher Truppen in Tirol Protest erhoben. Den Ententeregierungen wurde Mitteilung gemacht.

7000 italienische Soldaten in Triest.

Wien, 7. Nov. 7000 Mann italienische Truppen sind bisher in Triest eingetrückt. Von der österreichischen Südbahnfront werden täglich 30 bis 40 000 Mann abtransportiert.

Der Zusammenbruch des österreichischen Heeres.

München, 7. Nov. In einem Bericht der Münchener „Kriegsberichterstattung“ wird erzählt: Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Armee gestaltet sich zu einer wahren Tragikomödie, die den Zusammenbruch des russischen Heeres noch in den Schatten zu stellen droht. Die Offiziere sind machtlos und müssen vielfach froh sein, wenn sie das nackte Leben retten. Ganze Bataillone und Regimenter laufen einfach auseinander, wobei die Leute die Militärmagazine plündern und den Haub teil mitschleppen, teils zu Spottpreisen verkaufen. Die Wachkommandos in den Gefangenenslagern verlieren ihre Posten, und die ausgebrochenen Gefangenen ziehen marodierend herum.

Kaiser Karl in St. Moritz.

Zürich, 7. Nov. Kaiser Karl von Oesterreich wird sich in St. Moritz niederlassen. Es ist dort bereits eine Villa für die kaiserliche Familie gemietet worden.

Blutige Zusammenstöße zwischen Slowaken und Ungarn.

Prag, 7. Nov. Nach einer erstlich einseitigen Darstellung des tschechischen Pressebureaus bewaffnete der ungarische Nationalrat in Preßburg „unreife Buben“ von zwölf bis vierzehn Jahren u. a. mit Panzergewehren und sandte sie in die slowakischen Ortschaften Zabor und Stupada. Die „Anaben“ gaben sich den Romen Strafexpedition und ließen sich in den Orten in Kampf mit unbewaffneten Einwohnern ein; vierzig Personen wurden getötet und viele verwundet.

Kriegsentschädigungen für Tschechen und Serben?

Wien, 7. Nov. Die aus der Schweiz heimgekehrte tschechische Abordnung erklärte, der Tschechenstaat werde eine Kriegsentschädigung erhalten. — Die serbische Regierung beantragt Schadenersatz von Deutschland und Oesterreich für die dreijährige Besetzung. Serbien müsse 8–10 Milliarden Dinar (6–8 Milliarden Mark) erhalten.

Aus Nah und Fern

Herborn, den 8. November 1918.

* Das WTB. veröffentlicht folgenden Aufruf: In den Jahren hat das deutsche Volk die Lasten Entbehrungen des Krieges mit bewundernswerter Geduld und Tapferkeit getragen. Jetzt steht der Frieden und die Aufhebung der Hungerblockade in naher Aussicht. Mit wird auch eine Entspannung unserer Ernährungsverhältnisse eintreten. Am 1. Dezember wird die Ernährung erhöht und andere Erleichterungen werden allmählich folgen. Voraussetzung dafür, wie überhaupt für die Weiterversorgung des Volkes ist die unbedingte Aufrechterhaltung der Ordnung. Jede Störung verhindert die regelmäßige Lebensmittelfuhr und bedroht die Großstädte und Industriebezirke mit Hunger und Elend. Wir wenden uns an das gesamte deutsche Volk, diese schwere Gefahr abzuwenden. Der Staatssekretär und Vorstand des Kriegsernährungsamtes.

* An Kriegsanleihe wurden in Herborn gemeldet: Bei der Post Mk. 183.500 (bei der vorherigen Anleihe 183.000 Mk.); bei der Landesbank 1.000 Mk. (gegen 1154.700); bei der Bank für Handel und Industrie Mk. 395.000 (gegen 695.000); bei der Volksbank 52.000 (gegen 121.800) Mk.

* (Bucheckern wurst.) Das ist das neueste und schlaueste nicht das schlechteste Kriegserzeugnis. Das Rezept lautet also: Fünf mittlere Pellkartoffeln, ein großes Stück Brot ohne Rinde, eine große Zwiebel und eine große Tasse voll geschälter Bucheckern treibe man durch die Fleischhackmaschine, mische mit Pfeffer und eine Messerspitze Majoran darunter, drückt auch ein Ei. Dann forme man die Masse in Pergamentpapier zu 2-3 Würsten, binde oben und unten zu, fiede die Würste etwa 20 Minuten langsam, lege sie zum Trocknen auf und lasse sie erkalten, die Bucheckernwurst ist fertig.

St. Goarshausen, 7. Nov. Landrat Dr. Wolff gestern früh plötzlich gestorben. Der Verschiedene, nur knapp zehn Monate an der Spitze des Kreises St. Goarshausen gestanden hat, erreichte ein Alter von nur 37 Jahren.

Erbenheim. Hier schickte ein Bauer seinen kleinen Kriegesgefangenen mit einer Ziege zum Ziegenweiden und trug ihm ferner auf, auf dem Heimweg beim Ziegenweiden eine Bestellung auszurichten. Stunden vergingen, aber Ruß und Ziege kehrten nicht wieder heim. Der Bauer ging schließlich der Ziege auf die Suche. Unterwegs schon kam ihm der Ruße mit der geschlachteten Ziege auf dem Rücken, vor Freude grinsend, entgegen. Der gute Zwan hatte seinen Pan misverstanden. Denn er dachte er zunächst mit der Ziege beim Bock gewesen zu sein, hatte er in seiner Unschuld das Tier beim Ziegenweiden abschlagen lassen.

Bruchköbel. Die 36-jährige Ehefrau Susanne Schuler hat am Mittwoch in einem Anfall geistiger Verwirrung ihrer vierjährigen Tochter und dann sich selbst mit einem Rasiermesser durchgeschnitten. Mutter und Kind, die beide an der Grippe darniederlagen, fanden sie später tot vor.

Frankfurt a. M. Die nach Millionen wertvolle Kunst- und Altertumsammlung des Geheimrats von Gans sollte im Dezember in Berlin versteigert werden. Die Versteigerung hatte sich zum größten bisherigen Ereignis auf dem deutschen Kunstmarkt entwickelt. Wie wir erfahren, soll nun die Versteigerung verlagert werden. Es heißt, daß Geheimrat von Falke Berlin gegenüber der Echtheit eines sehr wertvollen Teils der kunstgewerblichen Altertümer der Sammlung sich sehr mißtrauisch verhalten soll, vor allem gegenüber den zahlreichen Arbeiten in Bergkristall und Edelmetall. Zweifel bestehen auch an den Echtheiten der Sammlung des berühmten Reliquars. Herr von Gans in den Besitz der Stücke kam, diese bereits früher durch verschiedene Händler gegangen. Die meisten der Sachen entstammen seiner Handlungen. Auf die Weiterentwicklung der Echtheit der beanstandeten Stücke darf gespannt sein.

Dortmund. Gegen Kornbeschlagnahme widerstand sich die Frau, die Tochter und der 16-jährige Sohn des Landwirts Fichtenkötter in Brock-Ostbevern. Der Sohn schoß den Gendarm an, worauf ein Hilfspolizist die Frau und die Tochter erschloß und den Gendarm verwundete. Der Sohn wurde gefesselt abgeführt. Der Vater befindet sich im Felde.

Weinheim i. B. Der 65-jährige Stadtpfarrer Dr. Jügel und seine Ehegattin wurden tot in ihrer Wohnung aufgefunden. Das Ehepaar hatte seit zwei Jahren nichts von sich hören lassen. Als man die Wohnung schließlich gewaltsam öffnete, fand man die Frau tot im Bett liegen, während der Geistliche halb verkleidet auf dem Fußboden lag. Die Untersuchung ergab, daß die Frau einem Grippeanfall erlegen war, daß der Pfarrer vermutlich beim Anblick der Leiche von einem tödlichen Schlaganfall ereilt wurde.

Doppelmord durch einen Soldaten. In Jena sind zwei dort wohnende Mädchen ermordet und beraubt worden. Im dringenden Verdacht, diese Tat begangen zu haben, steht der Gefreite vom Ersatzbataillon Nr. 182 in Jena Paul Hermann Weiß, ein wegen Eigentumsverbrechen wiederholt vorbestrafter Handlungsgehilfe. Bei einem Einbruchdiebstahl in einem Warenanscheinend drei Männer beteiligt. Sie wurden in dem ausgeraubten Laden einen Bettel zurückgelassen, dem folgende Worte stehen: Wir sind unterer acht, alle Nacht, wir haben Pferd und Wagen und brauchen zu tragen. Nachschauen.

Letzte Nachrichten.

Großes Hauptquartier, (Wolff-Büro. Amtlich.) 8. November 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Franzose, der sich nordöstlich von Dudenarde erneut auf östlichem Scheldeufer festsetzte, wurde im Gegenangriff wieder über den Fluß geworfen. Zwischen der Schelde und der Maas haben wir die Bewegungen in letzter Nacht planmäßig weitergeführt. Vor unserer neuen Linie entwickelten sich Nachhutkämpfe, die südlich der Straße Valenciennes-Mons an der Sambre, nördlich von Avesnes und auf den Maashöhen südwestlich von Sedan größeren Umfang annahmen. Sie endeten überall mit der Abwehr des Gegners. Der Feind stand am Abend östlich von Bapaume — nördlich von Avesnes — östlich von La Capelle-Hirson — südlich von Signy — L'Abbaye bei Voire-Peronne und auf den Maashöhen südöstlich von Sedan. Südlich der Maas Keltkämpfe in dem Waldgelände westlich von Brandeville.

Der Erste Generalquartiermeister: Gröner.

Bayern Republik.

München, 8. Nov. (WTB.) Im Anschluß an die gestrige Massenversammlung auf der Theresienwiese kam es in München zu ersten Unruhen, die im weiteren Verlauf zur Ausrufung der Republik Bayerns führten. In der Nacht zum heutigen Tage bildete sich ein Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern, zu dessen Vorsitzenden Curt Eisner ernannt wurde. Dieser Rat erließ an die Bevölkerung Münchens einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtag konstituiert. Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden. Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich eingezogen werden. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt. Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und die Disziplin aufrecht erhalten. Offiziere, die sich den Anforderungen der veränderten Zeit nicht widerlegen, sollen unangetastet ihren Dienst versehen. Alle Beamten bleiben in ihren Stellungen und grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt. Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Stadt und Land wird verschwinden. Der Austausch der Lebensmittel wird rationell organisiert werden. In dieser Zeit des sinnlosen wilden Mordens verabscheuen wir alles Blutvergießen; jedes Menschenleben soll heilig sein.

München, Landtag, in der Nacht zum 8. 11. 18. Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern.

Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern erließ ferner folgende Bekanntmachung:

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit arbeitet von heute an das gesamte Polizei- und Sicherheitspersonal im Auftrage und unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrats. Den Anordnungen dieser Organe ist unbedingt Folge zu leisten.

Ein sozialdemokratisches Ultimatum.

Berlin, 8. Nov. (TU) Die sozialdemokratische Parteileitung hat dem Reichskanzler ein Ultimatum gestellt, in dem gefordert wird, daß die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen bis heute mittag erfolgen, andernfalls die Sozialdemokraten aus der Regierung ausscheiden würden.

Die Nationalliberalen für den Kaiser.

Berlin, 8. Nov. (TU) Die nationalliberale Fraktion hat an den Reichskanzler folgendes Telegramm gerichtet: In dem Träger der Kaiserkrone sehen wir die Verkörperung der Reichseinheit und -geschlossenheit unseres deutschen Vaterlandes. Deshalb bedauern wir den Kampf um die Person des Kaisers aufs tiefste.

Volkskundgebung in München.

München, 8. Nov. (TU) Der „Fränkische Kurier“ meldet: Die Stadt München sah gestern eine Volkskundgebung allergrößten Stils, die für einen sofortigen Frieden, für die uneingeschränkte Einführung der Volksregierung und für die Abdankung des Kaisers demonstrierte. Die Sozialdemokraten hatten zusammen mit den Gewerkschaften zu einer allgemeinen Arbeitsniederlegung am gestrigen nachmittag aufgerufen. Ausgenommen sollten nur die Transportarbeiter und die Verkehrsarbeiter sein. Dann wurde die ganze Münchner Bevölkerung zu einer Massenversammlung auf der Theresienwiese eingeladen. Es galt zu zeigen, daß eine gewaltige Volkskundgebung, die in Ruhe und Ordnung verläuft, besser sei, als lärmende Ruhestörungen und Gewalttätigkeiten. In großen Scharen begaben sich Arbeiter und Arbeiterinnen aus den Rüstungswerken, den Militärwerkstätten und Betrieben, sowie aus den großen Privatbetrieben in geordnetem Zuge nach der Theresienwiese, nachdem um 1 Uhr mittags die Arbeit niedergelegt worden war. Die meisten Geschäfte hatten geschlossen, und die Abendblätter erschienen der allgemeinen Arbeitsruhe wegen nicht. Das Militär hatte in allen Kasernen freien Ausgang bekommen und nahm regen Anteil an der Versammlung auf der Theresienwiese. Dort sprachen etwa ein Duzend Redner zu den Massen, die sich auf etwa 80 bis 100.000 beliefen. Die Reden entsprachen dem, was die Einladung besagte. Dann zogen die Scharen durch die ganze Stadt bis zum anderen Ende an die Friedenssäule in Bogenhausen. Auch dort gab es noch eine Ansprache, worauf sich die Menge verließ. Eine Gruppe von Radfahrern trieb hier und dort Unfug. So schlug man an der Türkenkaserne, wo alte Mannschaften nicht mitziehen wollten, die Fenster ein. Auch am Landtagsgebäude und an der Residenzwache drang eine Menge halbwildiger Burschen in die Wachtstuben ein, doch wurde es bald ruhig. Die große Kundgebung verlief im ganzen völlig ruhig.

Teilweise Kampfeinstellung in Flandern.

Amsterdam, 8. Nov. (TU) Aus Gent wird dem „Nieuwe Rott. Courant“ gemeldet, daß seit 24 Stunden der Kampf am Kanal von Selzete bis zur Maas eingestellt worden ist. Das Artilleriefeuer und jede andere militärische Tätigkeit auf der linken Flanke der Alliierten hat gänzlich aufgehört. Es steht noch nicht fest, ob die Kampfruhe mit den Besprechungen über den Waffenstillstand zusammenhängt.

Die Tschechen gegen Sachsen.

Zürich, 8. Nov. (TU) Laut dem „Temps“ ist von tschechischer Seite das Anerbieten gestellt worden, für die Entente einen Angriff auf Sachsen zu unternehmen. Die Blätter sind sich darin einig, daß die aus einem solchen Angriff folgende Bedrohung vielleicht entscheidenden Einfluß auf die Haltung Deutschlands ausüben könnte. Böhmen sei ein vorzügliches Aufmarschgebiet, während die Haltung Böhmens bereits ein wesentliches Hindernis für die Versorgung Deutschlands aus der Ukraine bilde.

Die Italiener an der Adria.

Basel, 8. Nov. (TU) Wie die „Agenzia Stefani“ aus Rom meldet, besetzte am 4. November die italienische Marine den Hafen von Dulcigno an der Nordküste Albaniens sowie den Hafen von Antivari.

Waffenstillstand an der serbischen Front.

Budapest, 8. Nov. Die durch Marshall Koeveh für die serbische Front eingeleiteten Waffenstillstandsverhandlungen haben gestern zur Einstellung der Feindseligkeiten geführt. Ministerpräsident Karolji und Minister Sajsz sind im Extrazuge nach Belgrad abgereist, um mit General Franchet zu verhandeln. Die Entente fordert von Ungarn die Zurückziehung seiner Truppen bis auf 15 Kilometer von der Landesgrenze.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Beck.

Dankjagung.

Für die uns in so reichem Maße erwiesene wohlthuende Anteilnahme bei dem Tode und der Beerdigung unseres geliebten

Hermann

sagen wir allen herzlichen Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Familie Wilhelm Reuser.

Roß, den 7. November 1918.

Ablieferung von Brotgetreide.

Eine größere Anzahl Landwirte ist mit der Ablieferung der geernteten, ihre Selbstversorgung übersteigenden Menge Brotgetreide im Rückstande geblieben. Das Königl. Landratsamt drängt nun auf Ablieferung. Der Ausdruck muß daher, wo er noch nicht erfolgt ist, nach Möglichkeit beschleunigt werden. Es wird hierzu bemerkt, daß die Selbstversorgung nach neuerdings eingetretener Bestimmung vom 1. September 1918 bis zum 15. August 1919 währt und danach im Ganzen 207 Pfd. Getreide pro Kopf zu rechnen sind.

Die Abgabe erfolgt, wie seither, an die Firma Hattenbach & Komp. hieselbst.

Wer sich Unannehmlichkeiten ersparen will, komme dieser Aufforderung bis spätestens zum 15. Nov. nach.

Herborn, den 7. November 1918.

Der Wirtschaftsausschuß i. Rückert.

Für meinen kleinen Haushalt — ein Kind — auf dem Lande zuverlässiges, lauberes

Mädchen,

welches in Küche und Haushalt erfahren ist, sofort gesucht. Waschfrau vorhanden.

Frau Fabrikbesitzer
Karl Barth,
Waldbühl (Rheinland).

2 neue Sofas

(Divans)

in prima Plüsch, grün und rot, stehen zum Verkauf.

Firma Johanna Hoffmann,
Herborn.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, 10. November
(24. n. Trinitatis)

Herborn:

10 Uhr: Hr. Pfr. Conrad
Lieder: 28, 148, 134

2 Uhr: Hr. Pfr. Weber
Abends 8 1/2 Uhr:

Versamml. im Vereinshaus

Burg:

1 Uhr: Kindergottesdienst
Abends 8 Uhr:

Hr. Pfr. Conrad

Hörsbach:

4 Uhr Hr. Pfr. Weber
Tausen und Trauungen:

Hr. Dek. Prof. D. Haufen.

Mittwoch abends 8 1/2 Uhr
Jünglingsverein.

Donnerstag abds. 1/2 9 Uhr:
Kriegsbefund i. d. Aula.

Ihr habt es nun gehört, was uns die Feinde als Vorbedingung für einen Waffenstillstand zu bieten wagen. Ihr seht es nun mit eigenen Augen, was für ein freches Spiel der Amerikaner Wilson mit uns zu spielen sich erlaubt. Wut und Scham, Empörung und Zorn packt den deutschen Mann, jagt ihn zur Raserei an, wenn er des inne wird, was seine Feinde mit ihm vorhaben.

In aufgedrungenem Kampfe, wie ihn noch kein Volk der Erde zu bestehen hatte, hat das deutsche Volk heldenhaft gekämpft. Zu Land, zur See und in der Luft hat es Taten vollbracht, die es mit dem Glanze unvergänglichsten Ruhms umgeben. In gleicher Weise zeigte es sich als ein Volk von unübertrefflicher Tapferkeit und unerreichter Geisteskraft. Ringsum von Feinden umstellt, denen die ganze Welt Hilfsmittel zum Kampfe bot, war das deutsche Volk allein auf sich und die Erzeugnisse des heimischen Bodens angewiesen. Vier Jahre hat es um sein Dasein gerungen mit zäher Ausdauer und unvergleichlicher Tapferkeit. Vier Jahre hat es die Feinde vom vaterländischen Boden ferngehalten. Vier Jahre hat es gedurft und geblutet, die Blüte seiner Männer und Jünglinge geopfert, Unfassbares getragen und gelitten; aber den Schild seiner Ehre hat es blank erhalten trotz aller Lügen und Verdächtigungen, trotz allen Hasses und aller geifernden Verleumdung, womit es seine Feinde in Schmach und Schande zu ziehen trachteten.

Ein Volk, das so gegen eine ungeheure Uebermacht in Ehren gekämpft hat, das nur gekämpft hat um seinen Bestand und um den Platz an der Sonne, auf den es eben so viel Anspruch und Recht hat wie die anderen Völker dieser unserer Erde, ein solches Volk verdient die Anerkennung und Bewunderung anderer Völker, sofern sie ein Gefühl für sittliche Größe und Würde haben. Was aber erweisen uns unsere Feinde, denen wir die Friedenshand entgegenstreckt haben? Mit teuflischer Niedertracht und in nicht zu überbietender Gemeinheit wollen sie uns nicht nur bis aufs Hemd ausziehen und zu wehrlosen Sklaven machen, nein, sie wollen uns für alle Zeiten vernichten, uns in Schmach und Schande werfen, daß wir vor allen Völkern

hern der Erde ehrlos dastehen, als ein Volk, das anderen zum Hohn und Spott geworden ist.

Deutsches Volk, das du so herrlich, so hoch und tapfer für dein Recht und für dein Leben gekämpft hast, das du auf eine ehrenvolle Vergangenheit zurückblickst, dessen Kinder und Frauen für Gegenwart und Zukunft ihr Leben unter deinen Schutz stellen und bangen Furcht hoffen, daß du sie der Mißhandlung durch unsere Feinde nicht preisgeben wirst, deutsches Volk, du wirst doch die schmachvollen Forderungen der Feinde mit Entrüstung zurückweisen, du wirst doch die letzten Fanken Kraft, der in deiner Seele glimmt, mächtigen Flamme entfachen, du wirst doch wie Wettersturm dich gegen deine Feinde werfen und der unbändigen Wut deines lodenden Zornes Reihen niederschmettern!

Auf, ihr deutschen Knaben und Männer, zum Schwert und Schild für Heim und Herd, für Weib und Kind. Ihnen droht Not und Schande, ihnen droht Hunger und Schmach, ihnen droht ein Leben voll Tränen und Leid. Können ihr die Klagen und Seufzer einer Mutter ertragen? Können ihr eine Minute im Zweifel sein, was ihr angesichts dessen, was uns die Feinde bieten zu tun habt? Ihr kennt eure Pflicht! Ihr seid deutsche Männer, die ehrlös nicht zu leben vermögen; ihr wollt lieber sterben, als den schmachvollen Untergang des Vaterlandes zu erleben.

Denn hebt die Hand zum Schwur und schmettern wir wollen Gut und Blut dem Vaterlande weihen, wir wollen Leib und Leben für seine Ehre opfern, wir wollen liegen oder sterben!

Jeder, der die Waffen noch tragen kann, trete her vor und künde es laut: Dir, du teures Vaterland, weihe ich meine Kraft bis zum letzten Hauch!

Studentat Roll, Dillenburg.

Habe abzugeben:

600 Zigarren prima Qualität, 100 Stück-Packung 100 Mk.

50 Stck. la. Toiletteseife, das Stück 4,50 Mk.

Wo? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Bank für Handel und Industrie.

(Darmstädter Bank)

Agentur Herborn.

Fernruf Nr. 45. **Herborn.** Dillstrasse.

Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Frankfurt a. M. Nr. 7765

Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Die BANK FÜR HANDEL & INDUSTRIE, Agentur Herborn, empfiehlt sich zur Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte wie:

An- und Verkauf von Wertpapieren, Geldsorten u. s. w., Diskont-, Scheck- und Konto-Korrent-Verkehr.

Aufbewahrung und vollständige Verwaltung von Wertpapieren und Wertgegenständen aller Art.

Vermietung von eisernen Schrankfächern.

Annahme von Bar-Depositen gegen Ausstellung von Einlagebüchern.

Die Bank für Handel & Industrie ist „laut Bekanntmachung der Grossherzoglich-Hessischen Regierung vom 17. August 1900“ in Hessen zur Annahme von Mündelgeldern geeignet.

Todes-Anzeige.

Nach kurzem, schweren Leiden entschlief gestern nachmittag mein innigstgeliebter Mann, unser herzensguter Vater, Sohn, Bruder, Schwiegerjohn und Schwager, Herr

Lehrer

Fritz Wallenfels

im Alter von 28 Jahren.

Hof (Westerwald), den 8. November 1918.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Lina Wallenfels, geb. Freimüller,
und Kinder.

Die Beerdigung findet am Montag, den 11. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr in Burg statt.

Todes-Anzeige.

Dienstag nacht entschlief unerwartet in der Klinik zu Gießen meine liebe Frau, unsere treubeforgte Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Lina Brinkmann,

geb. Rauch,

im Alter von 40 Jahren.

In tiefer Trauer:

Ludwig Brinkmann u. Kinder.

Sinn, den 8. November 1918.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 10. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr in Sinn statt.



Es ist bestimmt in Gottes Rat,
daß man vom Liebsten, was man hat,
muß scheiden.

Ganz unerwartet erhielten wir die tieftraurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, unser treuer Sohn und Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel,

der Bizesfeldweber

Georg Eberhardt,

Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse,

im Alter von 27 Jahren nach vierjähriger treuer Pflichterfüllung am 18. Oktober im Westen infolge schwerer Verwundung im Lazarett gestorben ist.

Dies zeigen Schmerz erfüllt an

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Wilhelmine Eberhardt, geb. Hofmann.

Sinn, Oberhöchstadt i. T. und im Felde, den 6. Nov. 1918.